

Die Chancen des Brexit nutzen¹

Am 23. Juni 2016 stimmten die Briten mit einer knappen Mehrheit von 51,89 Prozent für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Vor kurzem hat Premierministerin Theresa May gemäß Artikel 50 des EU-Vertrages die Austrittsverhandlungen eingeleitet. Die SPD Frankfurt bedauert diese Entscheidung, die am Ende nur Verlierer schaffen wird – in Großbritannien, in der EU und letztlich in der gesamten westlichen Welt. Dennoch gilt es, das demokratische Votum zu akzeptieren.

Nun geht es darum, den Prozess des Austritts durch ein transparentes Vorgehen und faires Verhalten auf beiden Seiten so zu organisieren, dass es zu keinen kurz- oder mittelfristigen Störungen auf den verschiedenen Märkten (Finanz-, Dienstleistungs-, Gütermärkte) sowie für die EU-Ausländer im Vereinigten Königreich kommt. Diese würden sowohl der Wirtschaft auf beiden Seiten schaden als auch Arbeitsplätze in Gefahr bringen und nationale Grenzen zementieren.

Dabei muss aus Sicht der EU für die Verhandlungen gelten, dass wer die Vorteile der Europäischen Union und deren Binnenmarkt genießen möchte, auch seine vier Grundfreiheiten (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) anerkennen muss. Einen Sondervorteil für Großbritannien darf es bei den Verhandlungen nicht geben!

Wirtschaftliche Folgen für Großbritannien und Europa

Großbritannien ist heute wirtschaftlich eng mit den Staaten der EU verflochten. Dies gilt nicht nur für die oft genannte Dienstleistungswirtschaft mit der Finanzwirtschaft, digitalen Diensten oder Law Firms, sondern genauso für die Wissenschaft (Forschung und Studium) und die Industrie mit ihren internationalen Wertschöpfungsketten zwischen Rohstofflieferanten, Zulieferern und Erstausrüster (OEMs; beispielsweise in der Automobilindustrie). Ziel der Verhandlungen muss sein, so viele dieser Verbindungen wie möglich zu erhalten.

Die Ankündigung Theresa Mays eines harten Brexit zeigt aber, dass Großbritannien keinen einem Vollmitglied gleichwertigen Status erreichen kann bzw. anstreben wird. Somit wird auch die Vollmitgliedschaft im europäischen Binnenmarkt immer unwahrscheinlicher und viele der zuvor genannten Verflechtungen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten aufgebaut wurden, werden sich wieder lockern oder gar ganz durchtrennt.

Auch nach dem Brexit wird Großbritannien grundsätzlich seine wirtschaftlichen Stärken behalten, die in einigen Hightech-Feldern (Biotech, spezieller Fertigungselektronik und Nautik), Dienstleistungen und in der Kreativwirtschaft (Software, Medien und digitale Dienste) liegen. Es scheint unwahrscheinlich, dass sich die Unternehmen dieser Branchen in Gänze in andere Länder der EU umsiedeln werden. Dennoch hat die Rhein-Main-Region in einigen dieser Branchen Chancen, Unternehmen aus Großbritannien für sich gewinnen zu können. Hier sind v. a. die Bereiche Pharma, Automobil-Technik, Beratungsdienstleistungen sowie Banken und Software zu nennen, die in der Region selbst schon weit verbreitet sind und über eine gute Infrastruktur verfügen.

¹ Positionspapier des AK Wirtschaft und des Finanzforums der SPD Frankfurt am Main.



Die Rhein-Main-Region muss sich entscheiden

Frankfurt und die gesamte Rhein-Main-Region haben hier erhebliche, aber keineswegs sichere Chancen, die o. g. Wirtschaftszweige und die damit verbundenen Jobs für sich zu gewinnen, falls die Unternehmungen zu Verlagerungen in die EU hinein gezwungen sind. Garantiert sind mögliche Erfolge nicht.

Die politisch und wirtschaftlich Handelnden in Frankfurt und der Rhein-Main-Region müssen sich entscheiden: Wollen sie aktiv Chancen, die sich bieten, ergreifen? Wollen sie versuchen zu wachsen oder nicht? Wollen sie zusammen mit dem Umland aktiv um jene Firmen und Firmenteile aus dem Finanzsektor und anderen Sektoren werben, die weiterhin ihren Sitz in der EU haben möchten?

Für die SPD kann es als Antwort nur ein deutliches „Ja“ geben. Die SPD war immer die Partei, die wirtschaftliches Wachstum als Möglichkeit verstanden hat, Arbeitsplätze zu schaffen und Menschen dadurch neue Chancen zu eröffnen. Wir müssen ein Beispiel dafür geben, wie eine Region von politischer, wirtschaftlicher und kultureller Offenheit profitieren kann – auch als Antwort auf die internationalen Strömungen zu mehr Abschottung und Nationalismus.

Finanzplätze London und Frankfurt

Auch nach dem Austritt aus der Europäischen Union wird Großbritannien seine international bedeutende Stellung als Finanzplatz behalten. Die Stärke des britischen Finanzsektors macht mehr aus als alleine die Bankentürme in der City of London und Canary Wharf: Sie liegt auch in einer geografischen Diversifizierung und einem breiten Angebot branchenspezifischer Dienstleistungen. So sind es neben der britischen Hauptstadt auch Städte wie Birmingham und das schottische Edinburgh, die einen erheblichen Beitrag zum Erfolg und der Größe des Finanzdienstleistungssektors leisten. Und vor allem London stellt – auch im internationalen Vergleich – ein mustergültiges Beispiel dafür dar, wie ein über Jahrhunderte gewachsenes Cluster funktioniert: von Anwaltskanzleien über Beratungsunternehmen, Beteiligungskapitalgeber, Börsen, IT-Dienstleister, Marktinfrastrukturen und Versicherungen bis hin zu Vermögensverwaltern – es gibt keine Finanzdienstleistung, die nicht am Standort London angeboten wird.

Der britischen Regierung und den Vertretern des Finanzplatzes London wird deshalb viel daran liegen, so viel Geschäft wie möglich in London zu halten – und dazu werden sicher auch kreative Konstruktionen und Kompromisse (Äquivalenzregime, Filialstrukturen, stillschweigende Befolgung von EU-Recht) ihren Teil beitragen. So liegt es im Bereich des Möglichen, dass die britischen Aufsichtsbehörden in einigen Bereichen Fragen der Regulierung künftig eher laxer handhaben werden, auch wenn unwahrscheinlich ist, dass es zu einem großangelegten „regulatory dumping“ kommt. Anlass zur Sorge bereiten jedenfalls die Pläne der britischen Regierung, die Körperschaftssteuer im Vereinigten Königreich zu senken, um die dortigen Unternehmen im Land zu halten. London wird sich hier nicht dem Schicksal ergeben, sondern aktiv um seine Unternehmen und Arbeitsplätze kämpfen.

Schon am Tag nach dem Votum der britischen Wähler für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union hat die Diskussion darüber eingesetzt, ob und in welchem Umfang

europäische Finanzzentren von einem Brexit profitieren werden. Aktuell ist davon auszugehen, dass zumindest partiell eine Abwanderung von Finanzdienstleistungen in andere europäische Finanzplätze stattfinden wird. Neben Frankfurt buhlen mit Amsterdam, Budapest, Dublin, Luxemburg, Mailand und Paris eine Vielzahl attraktiver Standorte um Arbeitsplätze und damit verbundene Wertschöpfung. Und es ist wahrscheinlich, dass bei Finanzdienstleistungen viele Städte von der Abwanderung einzelner Teile profitieren werden, während es nicht den einen großen Gewinner geben wird. Auch mit Verlagerungen von Dienstleistungen an außereuropäische Finanzplätze wie Hongkong, New York und Singapur muss gerechnet werden.

Endgültige Entscheidungen in dieser Frage dürften aber mindestens bis zu dem Zeitpunkt, bis die künftige Ausgestaltung des Zugangs Großbritanniens zum europäischen Binnenmarkt geklärt ist, offen bleiben. Auch für die Aufsichtsbehörde European Banking Authority (EBA) stellt sich die Frage nach einem neuen Sitz. Denn klar ist, dass dieser nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU nicht länger in London sein wird. Frankfurt muss sich hier aktiv bemühen und seine Vorzüge als etablierter Standort für Notenbanken und Regulierungsbehörden herausstellen. Gleichwohl macht es aber der Regionalproporz in der EU wahrscheinlich, dass die EBA eher in Italien oder Spanien neu angesiedelt werden wird.

Das Ja der Briten für den Brexit und damit verbundenen – möglichen – Auswirkungen auf den Finanzplatz Großbritannien kommt zu einem Zeitpunkt, an dem sich auch der Finanzstandort Frankfurt einigen Herausforderungen und Branchentrends stellen muss. Seit den 1980er Jahren ist Frankfurt das unumstrittene Finanzzentrum Deutschlands. Mit der Ansiedlung der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt 1998, der Europäischen Versicherungsaufsicht EIOPA 2010 und des einheitlichen europäischen Bankenaufsichtsmechanismus 2014 hat auch die Bedeutung als europäisches Finanzzentrum immer weiter zugenommen. Damit einher ging auch ein deutlicher Zuwachs an Beschäftigung bei Banken und Dienstleistern im Finanzbereich.

Jüngste Entwicklungen vor allem in der deutschen Bankenlandschaft lassen deshalb aufhorchen: Institute wie die Deutsche Bank und Commerzbank bauen aktuell tausende Stellen ab; auch mittelfristig ist eher mit einer schrumpfenden Arbeitsnachfrage der Banken zu rechnen. Bei einer Neuordnung im Bereich der Landesbanken und im Sparkassen-Sektor könnten die Deka-Bank und die Helaba betroffen sein, nicht zwangsläufig zum Vorteil des Standorts Frankfurt. Gleichzeitig ist die Zukunft der Deutschen Börse offen – die Pläne zur Fusion mit der London Stock Exchange sind gescheitert.

Für Frankfurt könnten diese Entwicklungen am Ende ein Nullsummenspiel bedeuten: Durch den Brexit und dessen Folgen wird es möglicherweise gelingen, einige tausend Arbeitsplätze aus dem Finanzsektor anzuwerben, vor allem in den Sub-Bereichen Bankgeschäft, Asset Management, Beratung und Fintech. Wegen des gleichzeitigen Schrumpfens des traditionellen Finanzsektors in Frankfurt könnte eine solche Ansiedlung einen leicht positiven bis neutralen (+/- 0) Arbeitsplatzeffekt schaffen. Mehr scheint im Moment nicht realistisch. Falls diese Prognose zutrifft, entsteht hierdurch insgesamt betrachtet, auch kein extremer Verdrängungswettbewerb (Mietpreise, Infrastruktur etc.) in der Stadt. Dabei geht es nicht nur um die direkten Effekte durch den Ausbau oder Erhalt des Finanzsektors. Andere Firmen und Dienstleister profitieren durch Spill-Over-Effekte sowie die Kaufkraft der Beschäftigten der Banken.

Nötige Maßnahmen, um die Chancen im Finanzsektor zu nutzen

Angesichts der skizzierten Entwicklungen ist es umso wichtiger, durch politische Entscheidungen die notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltig positive Entwicklung des Finanzstandorts Deutschland mit Frankfurt als Zentrum zu schaffen.

Offizielle Initiativen zur Förderung des Finanzstandorts Deutschland und des Finanzplatzes Frankfurt sind mit der Finanzkrise 2008 aus verständlichen Gründen zum Erliegen gekommen. Die globale Finanzkrise war die Folge von beispiellosen Fehlentscheidungen und Exzessen in den Banken – auch bei den deutschen Banken aller Sektoren. Viele Manager hatten die eigentliche Aufgabe der Banken – das Bereitstellen von Kapital für wirtschaftliche Investitionen und die verantwortungsvolle Anlage von Kundengeldern – aus den Augen verloren und sind stattdessen kurzfristiger Gewinnmaximierung hinterhergejagt. Die Branche hatte sich moralisch diskreditiert. Nötig waren in den letzten Jahren daher eine strenge Regulierung des Finanzsektors und ein Wandel des Denkens und Handelns in den Führungsetagen der Finanzhäuser. Beide Prozesse sind weit vorangekommen, aber noch nicht am Ende. Weiter müssen Banken damit leben, dass sie unter besonderer Beachtung durch Politik, Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit stehen. Sie wirtschaften auf Bewährung.

Gleichzeitig entwickelt sich die globale Wirtschaft weiter. Die Digitalisierung, die Niedrigzinsen und der Investitions-Rückstau – all das betrifft die Kunden der Banken und die Kreditinstitute selbst. Daher ist es Zeit für neue Überlegungen, wie die Zukunft der Finanzbranche in Deutschland aussehen kann und soll. Denn wer weder ein Ziel hat noch weiß, welchen Weg er einschlagen soll, irrt planlos umher. Es bedarf daher einer umfassenden Strategie, die Chancen für Wachstum im regulierten Finanzbereich erkennt und diese zugunsten der exportorientierten Wirtschaft in Deutschland ergreift.

Schon heute hat das föderal gegliederte Deutschland viele Stärken. Es gilt nun, diese Stärken auszubauen und zu verbinden: Frankfurt mit den hier angesiedelten Banken, Regulierern und nicht zuletzt der Deutschen Börse, Berlin als das deutsche Start-up-Zentrum, Hamburg als Handelsdrehscheibe mit seinem Containerhafen, München als starker Versicherungsstandort, Stuttgart als Zentrum des industriellen Mittelstands und Leipzig mit seiner Energiebörse.

All jene, die glauben, Frankfurt könne als reiner Regulierungsstandort (auch mit schrumpfendem Bankensektor) reüssieren, irren: Aufsichtsbehörden folgen auf mittlere Sicht ihren Subjekten. Eine „Regulierungsstadt“ Frankfurt mit schwachen Unternehmen wäre wie ein Strand ohne Meer. Ein starker Bankensektor und die Ansiedlung von Regulierungsbehörden zusammen stärken Frankfurt. Erst die Bundesbank hat Frankfurt zu dem Bankenstandort in Deutschland werden lassen. Die positive Entwicklung seit Ansiedlung der EZB sollte nun noch weiter verstärkt werden mittels Verlegung der EBA von London nach Frankfurt. Hierfür sollte die Kommunal-, Landes- und Bundespolitik aktiv eintreten!

Es liegt daher an den politischen Entscheidungsträgern in Berlin, durch kluge Weichenstellungen die Rolle des Finanzstandorts Deutschland mittelfristig zu sichern und langfristig auszubauen:

- Deutschland muss ein Motor für eine weitere, noch tiefgreifendere Integration der EU sein und für eine engere wirtschafts- und sozialpolitische Zusammenarbeit arbeiten, z.

B. durch eine „Gouvernement économique“ für die Eurozone, eine Vollendung der Bankenunion und eine einheitlichere Gestaltung der Steuergesetzgebung (inkl. einer Harmonisierung der Steuersätze).

- Deutschland muss die Kapitalmarktunion als Chance für Deutschland, Europa und seine Unternehmen begreifen und diese aktiv vorantreiben.
- Deutschlands Sparerinnen und Sparer legen ihr Geld zu sehr in renditearmen Sparformen an und überlassen so Gewinne und Mitbestimmungsrechte ausländischen Investoren und Anleger. Wir brauchen in Deutschland eine breite politische Offensive für das Wertpapiersparen.
- Das deutsche Steuersystem ist kein Wettbewerbsnachteil – im Gegenteil: Es sichert eine sichere Infrastruktur und ermöglicht dem Staat Handlungsspielraum. Die Ausgestaltung des Spitzensteuersatzes ist nicht zu hoch, sondern hat sogar noch leicht Luft nach oben. Dies beinhaltet auch die Einführung einer Steuer für Superreiche.
- Die Finanztransaktionssteuer auf derzeitiger Basis könnte für die deutsche Wirtschaft zu einem erheblichen Standortnachteil werden. Ihre Einführung kann daher nur in der EU-27 in ihrer Gesamtheit erfolgen und muss so ausgestaltet werden, dass sie nicht zum offensichtlichen Nachteil für Deutschlands Wirtschaft und Sparer wird.
- Der Schutz deutscher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist deutlich ausgeprägt, schreckt aber auch Investoren ab. Deswegen sollten die Bedenken mancher internationalen Banken zum deutschen Arbeitsrecht vorurteilsfrei überprüft werden – etwa ob der Kündigungsschutz von Angestellten mit Spitzen-Jahreseinkommen eingeschränkt werden sollte. Messlatten könnten z. B. absolute Gehaltshöhe, ein Multiplikator der Beitragsbemessungsgrenze oder Führungsebene sein. Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener brauchen keinen besonderen sozialen Schutz.

Für die Rhein-Main-Region und den Finanzplatz Frankfurt bedeutet dies aber nicht, sich zurücklehnen und auf notwendigen Entscheidungen in Berlin warten zu können. Stattdessen muss die Region, in der heute über 5 Millionen Menschen leben und die Teile dreier Bundesländer umfasst, ihre Rolle als Verantwortliche für wichtige infrastrukturelle Rahmenbedingungen annehmen und eine umfassende Strategie bestimmen – für Wohnen, Gewerbeflächen, Bildungslandschaft und Standortwerbung:

- Frankfurt und das Umland brauchen einen flexiblen Pool an Büroflächen, die gegebenenfalls auch kurzfristig verfügbar sind. Derzeit stehen eine Million Quadratmeter Bürofläche leer, das kann sich aber mittelfristig ändern.
- Der Mietmarkt in Frankfurt ist angespannt und könnte sich durch Verlagerungen von Arbeitsplätzen aus Großbritannien in die Rhein-Main-Region weiter verschlechtern. Das ist aber kein Argument gegen Wachstum, es ist vielmehr ein Argument für den Bau neuer Wohnungen in der gesamten Region auch und gerade durch den Einsatz der öffentlichen Hand. Das Denken in Stadtgrenzen allein löst das Problem nicht. Frankfurt hat Wachstumspotenzial – auch in Offenbach und Hanau. Erste Schritte (z. B. der Bau von Stadtwohnungen am Offenbacher Hafen) sollten als Beispielprojekte für weitere dienen.
- Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Frankfurt wurde jahrelang vernachlässigt. Deutliche Investitionen von Bund, Land und Stadt sind nötig, um S- und U-Bahnen zu verbessern und neue Verbindungen zu schaffen.

- Frankfurt muss seinen Flughafen als wesentlichen Standortvorteil und Wachstumstreiber begreifen. Tut es das nicht, dann überlässt es Städten wie Amsterdam, London und Istanbul, neue Logistikzentren zu werden. Lärmschutz und mehr schadstoffarme Flugzeuge sind dabei dringend notwendig.
- Investitionen in Straßen und Brücken im Rhein-Main-Gebiet
- Durch den Ausbau von Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen und einer höheren Qualität der Angebote (z. B. durch mehr Englisch-Klassen in staatlichen Schulen) muss die Grundlage dafür gelegt werden, dass Stadt und Region auch in Zukunft für Familien attraktiv bleiben und beste Bildungschancen ermöglichen. Für den sozialen Zusammenhalt und die Integration darf es keine zwei Schulsysteme geben. Privatschulen sind zu vermeiden.
- Auch die öffentliche Verwaltung ist gefordert. Sie muss die englische Sprache als Option in Behörden (Bürgeramt, Standesamt, Finanzamt, und Gerichten (Handelsgerichte) anbieten, um der zunehmend internationalen Einwohnerstruktur der Region Rechnung zu tragen.
- Die Zusammenarbeit in der Region muss gestärkt und ausgebaut werden. Nur durch gemeinsame vorausschauende Planung aller Kommunen der Region lässt sich nachhaltige Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklung bestmöglich planen.
- Entwicklung der Start-up/FinTech-Szene weiter fördern, um insbesondere im Finanzbereich (FinTech) eine attraktive Alternative zu Berlin zu sein

Über den Arbeitskreis Wirtschaft:

Der AK Wirtschaft der Frankfurter SPD ist ein offener Arbeitskreis, der allen an sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik interessierten Frankfurterinnen und Frankfurtern offen steht. Er lebt vom Potenzial und Fachwissen seiner Teilnehmerinnen und Teilnehmer, eine Beteiligung ist für jede und jeden möglich. Ziel ist es, die wirtschaftspolitische Kompetenz der Mitglieder zu nutzen, um die Programmatik der Partei zu stärken und eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik voran zu bringen.

info@wirtschaftspdfm.de

Über das SPD Finanzforum Frankfurt:

Als Reaktion auf die Finanzkrise wurde 2010 mit großem Erfolg das SPD-Finanzforum Frankfurt gegründet. Zielsetzung ist es, eine offene und pluralistische Plattform zu etablieren, die einen konstruktiv kritischen Dialog zu finanzpolitischen Themenstellungen ermöglicht. Insbesondere hier am Finanzplatz Frankfurt ist die für den finanzpolitischen Diskurs weiterhin dringend erforderliche Expertise vorhanden, denn die Finanzkrise ist mitnichten vorbei. Stattdessen erleben wir nur immer neue Ausprägungen der Krise, die sich in Nullzinsen und riesigen Ankaufprogrammen der Notenbanken manifestieren – ganz abgesehen vom Dauerthema Griechenland. Mit diesen und anderen Themen setzt sich das SPD Finanzforum Frankfurt in regelmäßigen Abständen auseinander und veröffentlicht dazu Positionspapiere.

SPD Finanzforum Frankfurt

www.spd-finanzforum-ffm.de



www.facebook.com/SPD.Finanzforum.FFM

